SPD – Fraktion

Gemeinderat Geislingen

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2010

Ja mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht,

und mach dann noch 'nen Plan, gehen tun sie beide nicht !

(Bertolt Brecht)

„ Sei mir getrost, nach trüben und widerwärtigen Tagen eilet des sanften Glücks frohere Stunde herbei !"

(Sextus Propertius, römischer Lyriker, 1. Jh. v.Chr.)

„Die Situation ist da"

pflegte der Alte in Bonn (Adenauer) gelegentlich zu sagen, wenn die Situation brenzlig und undurchsichtig wurde. Und jetzt ist es mal wieder soweit. Die vergangenen beiden Jahre brachten uns Gemeinderäten den guten Glauben an die gestalterischen Möglichkeiten der Kommunalpolitik zurück, wir lebten in der Hoffnung, die schwierigsten Jahre seien überstanden, unsere Sparrunden würden sich gelohnt haben und in den kommenden Jahren würden wir unsere Finanzen weiter ordnen und unsere Entschuldung voran treiben können.

Von diesem Wunschdenken haben wir uns im Laufe des Jahres verabschieden müssen – in diesem Jahr bereits deutlich erkennbar, hat uns 2010 die Finanz- und Wirtschaftskrise voll in den Würgegriff genommen. In der Tat, so war in der GZ zu lesen, die Krise ist jetzt im Rathaus angekommen - stärker und schärfer als wir befürchtet hatten. Trotz unserer alljährlich soliden Haushalts- und Finanzplanungen haben wir die Folgen der geplatzten Seifenblasen von Spekulanten und Zockern auszubaden, die die Finanzkrise und damit in der Folge die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise ausgelöst haben. Angesichts der Zahlen und Fakten, die uns Kämmerer Pawlak in seiner sehr soliden, umfassenden, vorzüglichen Haushaltsrede vorlegt, fällt ein positiver Kommentar zu den Zahlen schwer. Da ist der Vorrat an aufmunternden Zitaten (s.o.) allmählich erschöpft. Die Lage ist ohne Übertreibung katastrophal, und ich sage das wissend, dass man mit dem Wort Katastrophe in der Kommunalpolitik sehr vorsichtig umgehen muss, schließlich wirkt dieses Wort auf die Menschen in unserer Stadt verheerend, die Bürgerinnen und Bürger möchten gute Nachrichten von ihren Stadträten hören, Miesmacher sind nicht wirklich attraktiv.

Werfen wir noch einmal einen kurzen Blick auf die Zahlen: der Entwurf sieht für 2010 eine Deckungslücke von 10 Mio € vor, verursacht natürlich durch sehr viel geringere Zuweisungen und Steuereinahmen bei gleichzeitig höheren Umlagen wegen der guten Jahre davor. Durch Entnahme aus der jetzt gut gefüllten Rücklagenkasse, durch Nachweis entsprechender Ersatzdeckungsmittel und durch Kreditaufnahmen lässt sich der Haushalt 2010 noch einigermaßen darstellen. Schlimm werden die Prognosen für den gesamten Finanzpla-

nungszeitraum bis 2013. Im vorgelegten Entwurf ergibt sich bei aufgebrauchter Rücklage und einer Darlehensaufnahme von 16,5 Mio € eine neue Dimension der Verschuldung unserer Stadt: der Schuldenstand wäre dann im Dez. 2013 bei 26,1 bzw. 31 Mio €, geradewegs doppelt so hoch wie heute. Zum Vergleich: in den vergangenen Jahren konnten wir den Schuldenstand dank unserer redlichen Bemühungen ziemlich konstant bei 13 – 14 Mio € halten. Jetzt würde er in nur 4 Jahren explosionsartig auf das Doppelte ansteigen. Nach den neuesten Informationen der letzten Tage kommt alles noch dramatischer : nach dem Haushaltserlass des Regierungspräsidiums ergeben sich für die Jahre 2011 – 13 zusätzliche Darlehensaufnahmen von 9,3 Mio €, die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich sind wegen der stark zurückgegangenen Steuereinnahmen erheblich niedriger: 2011 erhalten wir noch einmal 2,5 Mio € weniger Zuweisungen, in 2012 ebenso 2,5 Mio und in 2013 gar 2,6 Mio €. Das ist eine nochmalige, gravierende Verschlechterung. Damit ist der Haushalt 2010 wegen des desolaten Finanzplans nicht mehr genehmigungsfähig – das ist schon eine neue Qualität, und kann und darf so nicht eintreten. Ich erinnere mich: unsere Altvorderen, ich denke dabei an meinen alten Freund Josef Bösel, der nannte den Finanzplan bei den Beratungen regelmäßig ein Märchenbuch, es komme sowieso alles anders als dargestellt, das sei den Aufwand einer näheren Betrachtung kaum wert. Mittlerweile entsteht der Eindruck, der Finanzplan entscheidet über die Zustimmung des Regierungspräsidiums für den diesjährigen Haushaltsplan, das Jahr 2013 bestimmt unsere Diskussion in 2010 mehr denn je – die Zukunft bestimmt das Heute.

Die Zahlen sprechen eine harte Sprache, da befällt einen beim Schreiben einer Haushaltsrede anhaltende Schwermut, man will den Griffel wegschmeißen und seufzt vor sich hin: dann lass mal gut sein, das war's wohl. Jedenfalls ein Glas Chianti als Mutmacher ist schon angebracht.

Im Gemeinderat Geislingen ist in der Regel nicht der Platz für Stellungnahmen zur großen Politik in Stuttgart und Berlin. Ohne Einwirkung von außen und oben (im Unterschied zu manch falschen Behauptungen), unabhängig und nur dem städtischen Wohl verpflichtet, suchen wir alle, jeder orientiert an seinen persönlichen Überzeugungen, der Stadt Bestes. Freilich wirken viele Entscheidungen von oben bis ganz nach unten, und allzu oft erleben wir, dass es keine guten Botschaften sind, so wie die neuesten Berichte über den Verlust vieler Arbeitsplätze bei der WMF und bei Rau-Arabella.

Eine der unseligsten Diskussionen der vergangenen Wochen war jene über die Steuerentlastungen nach der Wahl im Herbst 2009. Wissend dass sich der Bund als Folge der Finanzkrise furchtbar verschuldet hat, es wohl musste, beschließt die jetzige Koalition unnötige Steuersenkungen und meint, damit den Konsum und die Konjunktur zu schnellerem Wachstum zu bringen (**Wachstumbeschleunigungsgesetz**).

Die Auswirkungen dieses Gesetzes haben für unsere Stadt weitere verheerende Konsequenzen: minus 460 000 € in 2010, 680 000 € in 2011, minus 760 000 € in 2012 usf. – macht bis 2013 zusammen nochmal ein Minus von 2,6 Mio € ! Dieses Geld braucht die Stadt für ihre Aufgaben unbedingt, es wäre gut angelegt, alle Wirtschaftskundigen bestätigen das. Wir könnten unsere Infrastruktur nachhaltig verbessern, im Straßenbau, beim Ausbau des Bildungsbereichs (Kindergarten, Schule), für die notwendige Sanierung von Schulen und Wohnquartieren. Stattdessen wird die Mehrwertsteuer im Hotelwesen reduziert; so ein Blödsinn ! Die Bundesländer kündigen zurecht Widerstand gegen das Gesetz an, auch sie sind mit geringeren Einnahmen betroffen. Jetzt sollen sie mit weiteren Schulden gekauft werden. Wieder einmal werden Lasten nach unten verteilt, u.a. mit dem zynischen Argument, die kommunalen Haushalte seien nicht so hoch verschuldet wie Bund und Land. Das heißt doch im Umkehrschluss: wer spart ist selber schuld und wird bestraft !

In zahlreichen Handlungsfeldern wird die Bedeutung der Kommunen für die Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben deutlich. Hier erfahren die Menschen Politik hautnah und aus nächster Nähe; hier wird entschieden, ob die Bürgerinnen und Bürger ihr Staatswesen ak-

zeptieren, selbst wenn es mit Mängeln behaftet ist. Dabei spielt die soziale Gerechtigkeit eine herausragende Rolle, vor Ort wird sie konkret erlebt. Dabei ist eine der wichtigsten Fragen der Bürger: kann ich am gesellschaftlichen Leben in meiner Gemeinde voll teilnehmen. In den vergangenen Jahren sind die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt nicht gerechter geworden, und es ist nicht Zufall, dass der Carisatt-Laden und die Vesperkirche erst in jüngerer Zeit entstanden sind und immer häufiger besucht werden. Wie wir lesen erfasst die **Kinderarmut** jedes fünfte Kind, da stellt sich doch die Frage nach den Lebenschancen schon in der Kindheit und Jugend. Da fragen sich viele Menschen: wo ist meine Chance, warum kann ich von meinem Lohn nicht würdig leben. Es bleibt unser wichtigster kommunaler Auftrag, dieses beklagte Auseinanderbrechen der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, in Arme und Reiche zumindest in unserer Gemeinde abzumildern, und so gut wir das in der kommunalen Sozialpolitik schaffen, das gesellschaftliche Gleichgewicht zu erhalten. Übrigens sind wir der Meinung, dass wir hier am Ort in diesem Sinne in vielfältiger Weise tätig gewesen sind und es weiterhin sein werden – in der Kinder- und Jugendpolitik gleichermaßen wie in der Seniorenpolitik - auch in Anbetracht mancher Wünschen, die offen geblieben sind.

Die Hilfsbereitschaft und das Miteinander unter den Bürgern unserer Stadt sind in der Gesamtheit groß und ausgeprägt, das **Bürgerschaftliche Engagement** in einem gut geflochtenen Netz sehr wirksam. Viele in der Bevölkerung sind in sozialen, kulturellen, sportlichen oder kirchlichen Projekten, Organisationen und Vereinen engagiert. Das verdient großes Lob und Anerkennung, dazuhin erspart es der Gemeinde viele Ausgaben. Zahlreiche Beschlüsse des Gemeinderats haben hierzu beigetragen, das darf bei heutiger Gelegenheit mit Zufriedenheit vermerkt werden.

In wichtigen Politikfeldern hat sich die Landespolitik zurückgezogen und lässt die Städte und Gemeinden allein zurück, dies vor allem in den eben angesprochenen Bereichen der Bildungs- und Sozialpolitik, ein höchst schädlicher Rückzug, wie wir eben aufgezeigt haben. Dies u.a. beim Ausbau der Kinderbetreuung, z.B. bei der Umsetzung des Orientierungsplans des Landes für den Kindergarten ab 2009/10, bei der Sprachförderung im Vorschulalter und bei der Integration. Das allgemein akzeptierte Konnexitätsprinzip wird regelmäßig verletzt.

Der Haushalt 2010, was können wir uns leisten ?

Die finanzielle Situation der Stadt steht uns klar vor Augen, die Zahlen werden uns in der nahen Zukunft zu Entscheidungen zwingen, die bis vor kurzem noch nicht in unserer Vorstellung waren. Die Verdoppelung unserer Verschuldung in nur vier Jahren können wir auf keinen Fall hinnehmen, so darf es nicht kommen; da müssen wir entschieden gegensteuern. Ansonsten verspielen wir unsere Zukunft, die nur noch in der Begleichung alter Rechnungen bestehen würde. Nein, wir wollen auch künftig noch Kommunalpolitik machen dürfen. Mehrere Projekte müssen unter diesen Voraussetzungen auf den Prüfstand. Über eine Steuererhöhung müssen wir in diesem Jahr nicht entscheiden, aber schon die Ankündigung wirkt wie ein Schuss vor den Bug. Wenn die geplanten Steuererleichterungen der jetzigen Regierung mit ihren drastischen Auswirkungen für die Kommunen tatsächlich kommen, dann werden wir im Sinne einer angemessenen Daseinsvorsorge Steuererhöhungen diskutieren müssen.

In den Beratungen, die wir im Januar führen werden, müssen wir uns möglicherweise mehr Zeit als bisher nehmen. Viel ist in diesen Tagen in Bewegung, die 1. und 2. Änderungsliste bezeugen dies. Kaum aufgestellt, muss der Haushaltsentwurf unter dem Zwang der Verhältnisse erheblich abgespeckt werden, und das nicht nur an den Rändern. Manche Städte fangen nochmal von vorne an.

Die Änderungslisten enthalten mehrere Vorschläge, welche Vorhaben gestrichen oder aufgeschoben werden sollen. Die Vorschläge sind stimmig und finden unsere Unterstützung, wir werden sie mittragen. Beispielhaft seien einige genannt: Außenputz Altes Gymnasium (-60

000€), Jahnhalle (- 33 500€), Stromversorgung Stadtpark (-130 000€), Sanierung Hansengasse u.a. (-600 000€).

Darüber hinaus fragen wir:

1. Zum **Sportentwicklungsplan**: unlängst hatten wir im Gremium eine ausführliche Diskussion und gute Information zum Thema. Die Sportvereine leiden unter dem Rückgang der Mitgliederzahlen, verursacht zum Teil durch das veränderte Freizeitverhalten. Gleichzeitig sind in den vergangenen Jahrzehnten neue Sportarten entstanden, die schon aus finanziellen Gründen nicht jeder Verein in seine Ziele aufnehmen kann. Geislingen ist eine Sportstadt mit vielen aktiven Vereinen, die eigene Sportanlagen unterhalten, die regelmäßig auch für den Schulsport genutzt werden. Sporthallen kommen dazu. Ich möchte betonen: Sportvereine sind für das gesellschaftliche Leben in einer Stadt außerordentlich wichtig (nicht nur am Fasching), wir brauchen lebensfähige, starke Sportvereine. Es ist jetzt an der Zeit über Kooperationen zwischen den Vereinen nachzudenken. Nicht jeder Verein kann und muss alles anbieten, das überfordert seine Möglichkeiten und ist ganz einfach nicht notwendig. Aber auch die Sportvereine müssen sich bewegen und manches Verhaften in der Stadtteilbezogenheit überdenken und der Vergangenheit übergeben. Insofern ist dieser Prozess für die Vereine und die Aktiven sehr wichtig, es erwartet uns eine lebhafte Diskussion, moderiert von außen. Für die vereinseigenen Sportanlagen besteht ein hoher Sanierungsbedarf. Auch deshalb sind Kooperationen unter den Vereinen dringend notwendig.

   In diese Diskussion reiht sich die **Sporthalle Aufhausen** nahtlos ein: hat diese Sporthalle in dem Sportentwicklungsplan einen Platz ? Wir müssen diese Halle mit in die Diskussion aufnehmen, wir stehen bei den Bürgern in Türkheim und Aufhausen im Wort.

2 Können wir die Generalsanierung der **Daniel-Straub Realschule** um ein Jahr aufschieben oder in der Finanzierung strecken?

3 Können wir die **Erneuerung der MAG-Fassade** mit einem Stadtanteil von 1,25 Mio € in das Sanierungsgebiet Altstadtrand mit aufnehmen und damit günstiger finanzieren ? Wir fordern eine billigere Lösung !

4 Müssen wir tatsächlich ausgerechnet in 2010 bei der Gebäudebewirtschaftung alle städtischen Gebäude mit **Papierhandtücher** und Seifenspender für 120 000 € ausrüsten ?

5 Müssen die Neuanschaffungen im **IT-Bereich** für 155 000 € wirklich in 2010 sein ?

6 Die **Feuerwehr** soll zwei neue Fahrzeuge für insgesamt 455 000 € erhalten. Wir brauchen eine schlagkräftige, gut ausgestattete Feuerwehr, das steht außer Frage, dennoch, müssen es im schwierigen Jahr 2010 gleich zwei Fahrzeuge sein. Weiterhin: im nächsten Jahr feiert die FFW ihr 150 jähriges Jubiläum, die Weihnachtsausstellung zeigt einen reizvollen historischen Querschnitt. Dennoch müssen wir unter dem Zwang der Verhältnisse fragen: sind 15 000 € für die Beschaffung von Landsknechtuniformen für den Fanfarenzug nötig ?

Ich wiederhole, alle Ausgaben und Projekte im vorgelegten Haushaltsentwurf haben ihre Berechtigung, daran äußern wir keinen Zweifel. Wir kommen aber nicht umhin, an zahlreichen Stellen zu streichen, zu kürzen oder zumindest zu strecken. Beim Blick in den Finanzplan sieht man sofort, dass die Zuführungsrate in 2010 am stärksten negativ ist - also im kommenden Jahr ist Sparen Trumpf. Vielleicht erholt sich die Wirtschaft schneller als im Finanzplan dargelegt, dann soll’s uns Recht sein und wir können die Projekte angehen.

2 010 ist das Jahr des Sparens !

Schließlich sind wir darin geübt und haben das keineswegs vergessen. Unsere Fragen sind nicht nur rhetorisch zu verstehen, wir möchten in den Beratungen darüber sprechen und betrachten unsere Fragen als Anträge.

Stadtentwicklungsplanung .- Vor kurzem unterbreitete Prof. Reschl von der Kommunalentwicklung ein Angebot für ein „**städtebauliches Entwicklungskonzept**". Gedacht ist nicht an eine akademische Abhandlung, vielmehr soll es ein konkretes Handlungsprogramm sein. Ein wichtiges Element dabei soll die Bürgerbeteiligung sein, so Reschl. Angesichts unserer neuen Entwicklungen zwischen Sternplatz, Sportplatz, Jahnhalle und Oberer Stadt macht so ein Plan viel Sinn. Wir fragen dennoch, können wir uns 85 000 € ausgerechnet in 2010 leisten. So sehr wir es uns wünschen, müssen wir dennoch genau fragen: können wir's uns leisten ? Nehmen wir die Frage mit in die Beratungen.

Familie, Kinder, Jugend und Soziales

Zunächst: wir begrüßen die Einrichtung eines **Familientreffs** in Geislingen; wir hatten dies im vergangenen Jahr zum Antrag erhoben. Zuweilen ist Kommunalpolitik eben doch erfolgreich – gut so !

Wir haben in den letzten zwanzig Jahren im Bereich der **Kindergärten** viel erreicht. Angefangen von der Einführung einer sozialen Staffelung der Gebühren, flexiblen Öffnungszeiten, dem Qualitätshandbuch, bis hin zur Schaffung von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren (Krippenplätze) sind wir auch auf einem guten Weg. Mit dem Beschluss zur Errichtung eines Kinderhauses in der Hinteren Siedlung mit dem Ziel, drei Kindergartengruppen zusammenzulegen haben wir in diesem Bereich das Konjunkturprogramm gut genutzt. Nicht zuletzt durch Anträge der SPD-Fraktion konnten Verbesserungen bei der **Gruppengröße** in Brennpunktkindergärten und die Einführung der **Sprachförderung** angestoßen werden. Die Geislinger Kindergärten haben sich auch mit Unterstützung des Integrationsbeauftragten und Mitgliedern des Integrationsrates auf den Weg gemacht, die Situation von Migrantenfamilien und ihren Kindern zu verbessern. Unser Dank gilt hier den engagierten Eltern und vor allem den Erzieherinnen, die trotz widriger Bedingungen am Ball bleiben.

Wir wissen aber auch, dass es in diesem Bereich noch etliche Baustellen gibt:

- Trotz Rückgang der Kinderzahlen gibt es noch Gruppen in denen die genehmigten Belegungszahlen (28 Kinder, einschließlich der Notplätze) immer wieder erreicht und ausgeschöpft werden. Wir wissen, es gibt auch individuelle Gründe dafür, aber wir sollten dem Rückgang der Kinderzahlen wenigstens diesen positiven Aspekt abgewinnen, dass wir die **Gruppengrößen** (25 Plätze einschließlich der drei Notplätze) reduzieren.

- Noch immer haben wir in unseren Einrichtungen noch einen **Fachkräfteschlüssel** von 1,5, obwohl schon längst 1,7 als unterster Standard definiert werden. Dies ist noch ein Punkt aus den Empfehlungen des Arbeitskreises der Kindergartenträger mit der Kommunalentwicklung aus dem Jahr 2008 und dem AK Brennpunktkindergärten, der noch nicht umgesetzt wurde. Jetzt kommt uns da der Orientierungsplan zu Hilfe.

- Der **Orientierungsplan,** für Kindergärten von der Landesregierung als absolut verbindlich eingestuft, wurde immer aufgeweichter, je mehr es ans Zahlen ging. Eine abgespeckte Version des Orientierungsplans ist nun Grundlage der Vereinbarung des Landes und der Kommunen. Das Land ist „gnädigerweise" bereit, zwei Drittel der Kosten, also 133 Millionen Euro, zu tragen. Der Rest entfällt auf die Kommunen. So inhaltlich notwendig

die sofortige Umsetzung des Orientierungsplanes ist, so unmöglich ist sie angesichts der aktuellen Finanzsituation, zumal sich an die Vereinbarung halten muss, wer den Anteil von 2/3 der Kosten vom Land erhalten will. Obwohl auch hier das Konnexitätsprinzip verletzt wird, gibt es wenigstens eine Einigung: Danach wird der Personalschlüssel ab September 2010 in drei Jahresstufen verbessert – von heute 1,5 Erzieherstellen pro Kindergartengruppe auf verbindlich 1,8 Stellen im Jahr 2012. Trotz unserer Situation fordern wir, dass wir uns an diesen Stufenplan halten. Das würde bedeuten, dass ab September 2010 der Fachkräfteschlüssel um jährlich 0,1 steigt.

- **Elternbeiträge**: man könnte es sich einfach machen und populistisch fordern: Abschaffung der Kindergartengebühren! In dieser komfortablen Situation sind wir – auf jeden Fall in Geislingen – nicht. Indirekt empfiehlt Kämmerer Pawlak, die Elternbeiträge für die Kinderbetreuungseinrichtungen zu erhöhen. Dass dies nicht Freude bei jenen auslöst, denen die Sozialpolitik am Herzen liegt, ist schnell gesagt. Kindergärten haben sich immer mehr von Betreuungs- und Aufbewahrungsstätten zu **frühkindlichen Bildungseinrichtungen** entwickelt. Wir treten ein für eine gebührenfreie Bildung. Die Elternbeiträge tragen in Geislingen nur 10 – 11% zu den Gebühren bei, allein deshalb scheint uns eine schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit in Kindergärten konsequent und logisch, das müsste sich eine Gesellschaft wie die unsere wohl leisten können, wenn sie es nur will. Andere Bundesländer sind diesen Weg längst gegangen.
  Allerdings kann dies eine Kommune wie Geislingen nicht aus eigener Kraft. Und weil es eine Entscheidung zur Bildungspolitik ist, muss es eine Aufgabe des Landes sein. Wir beantragen: der Gemeinderat der Stadt formuliert einen Antrag an den Städtetag mit dem Ziel: stufenweise Einführung der **Gebührenfreiheit für Kindergärten**, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr.

In seinem Entwurf vermerkt Herr Pawlak, dass wir die gesetzlichen Vorgaben zur Bereitstellung von genügend Plätzen für Kinder unter drei erfüllen wollen; um ein Überangebot zu vermeiden, muss jedoch der wirkliche Bedarf genau geprüft werden. Sehen wir all das mit etwas Gelassenheit.

Schulen und Bildung
Langes gemeinsames Lernen ohne Selektion, intensive individuelle Förderung und Integration der Jugendhilfe in die Schule sind grob gesagt die drei Pfeiler, auf denen nach heutiger Erkenntnis ein erfolgreiches Bildungssystem fußt.

Deshalb stehen wir auch weiterhin der Einführung der **Werkrealschule** kritisch gegenüber, da hier weder integriert noch genügend Stunden für individuelle Förderung zur Verfügung stehen.

Der dritte Punkt muss uns aber weiter beschäftigen „**Jugendhilfe an der Schule**." Die Notwendigkeit der verstärkten Einführung von **Schulsozialarbeit** an den Schulen wurde vom Kreis – leider nicht vom Land – erkannt. Er gewährt seit letztem Jahr immerhin Zuschüsse in Höhe von einem Sechstel der Personalkosten. Bisher haben wir eine Schulsozialarbeiterstelle an der Uhlandschule, die zu 75% von der Stadt bezahlt wird. Einfach zusätzliche Stellen zu fordern verbietet sich in dieser Situation ohne Finanzierungskonzept. Allerdings beantragen wir

1. eine Bestandsaufnahme bestehender Angebote der Schulsozialarbeit in Geislingen und anderer Maßnahmen der Jugendhilfe an Schulen.

2. Einen „**Runden Tisch Schulsozialarbeit**" im Jahr 2010 mit den Schulen, Trägern und Stadtverwaltung, um Bedarfe festzustellen und mögliche Finanzierungsmodelle und Bündelungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Integrationsrat und Integrationsbeauftragter (IB)
Die Einführung eines hauptamtlichen Integrationsbeauftragten hat die Integrationsarbeit vorangebracht. Dies geschah durch Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen im Integrationsrat (IR), der Integrationsbegleiter, ebenso durch die Unterstützung von Elternprojekten in Kindergärten und verstärkte Kontakte zu Vereinen. Deshalb ist der Etat für den IB wichtig und gut angelegt. Ein wichtiger Schritt zur Bestimmung der Arbeitsfelder von IB und IR war die Integrationskonferenz im vergangenen März. Auch an die Verwaltung und den Gemeinderat wurden dabei Forderungen formuliert. Der erste interfraktionelle Antrag auf ein **Antragsrecht für Integrations-, Senioren- und Frauenrat** ist leider gescheitert. Eine andere Anregung beinhaltete den Antrag auf Fortbildungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung mit dem Ziel, sie in multikultureller Kompetenz zu stärken. Freilich, angesichts der desaströsen Haushaltslage können wir kaum erwarten, dafür Geld im Haushaltsplan bereit zu stellen.

Wir beantragen aber zu prüfen, ob dies aus dem bestehenden Fortbildungsetat und aus dem Etat des Integrationsbeauftragten möglich ist.

Zur Diskussion um den S-Bahn Anschluss .- Herr OB, in ihrer diesjährigen Haushaltsrede nimmt ihre Stellungnahme zum S-Bahn Anschluss in Geislingen breiten Raum ein. Wir sehen z.Zt. keine Notwendigkeit, eine dermaßen entschiedene und starr ablehnende Haltung einzunehmen. Wozu so früh absolut feste Pflöcke einrammen. Es mag ja sein, dass für eine Fahrt vom Zillerstall nach Gingen der Omnibus das richtige Verkehrsmittel ist, dann fährt man natürlich Bus. Und es mag ebenso sein, dass der bisherige Filstaltakt für die Zugfahrt nach Stuttgart völlig ausreicht. Nur, gilt das für alle Zukunft ? Wie lange haben wir den Filstaltakt, insbesondere wenn die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm fertig ist? Die Entscheidung darüber treffen nicht wir, sondern das Land. Könnte es nicht plötzlich sein, dass der Filstaltakt durch die S-Bahn ersetzt wird, die aber fährt gar nicht bis Geislingen. Was dann ? Das ist dann Pech. Also, Vorsicht mit schnellen Entscheidungen. Die bisherige Position aller Kreistagsfraktionen ist zurückhaltende Zustimmung. Sie sehen sehr wohl mögliche Vorteile bei einer S-Bahnanbindung und bedenken den Zusammenhang zwischen Standortvorteil, wirtschaftlicher Dynamik und zumindest gefühlter attraktiver Verkehrsanbindung. Bedenken wir: alle anderen Landkreise in der Region gehören seit langem zum Verkehrsverbund der Region Stuttgart (VVS), alle Kreisstädte der Region verfügen über den S-Bahn Anschluss, außer natürlich Göppingen und Geislingen. Außerdem, die S-Bahn zahlen wir über die Kreisumlage in jedem Fall mit, warum dann nicht gleich einen Anschluss bis hierher ?

2010 wird nicht entschieden. Viele Probleme müssen geklärt werden: wir brauchen zuerst einen guten Verkehrsverbund im Landkreis. Es müssen viele Fragen geklärt werden, bis es mit einem Ticket möglich sein wird, vom Zillerstall bis zur Liederhalle in Stuttgart mit einem Ticket zu fahren. Halten wir fest: warum sollten wir über etwas sprechen, oder uns gar unnötig festlegen, das noch nicht einmal im Haushaltsplan des Landkreises steht. Ohne Not sollten wir uns nicht frühzeitig ausgrenzen, wichtig wäre eine solide Information des Geislinger Gemeinderats. Wir haben dies schon vor einem Jahr gefordert und stellen erneut den Antrag, das Projekt S-Bahn Anschluss in den Landkreis im Geislinger Gemeinderat vorzustellen, die bisherigen Untersuchungsergebnisse dazulegen, z.B. die verschiedenen Varianten der Machbarkeitsstudie. Von all dem haben nur die Kreistagsmitglieder Kenntnis, wir Geislinger Gemeinderäte stehen ohne jede Information da. Wir wollen selbst die Vor- und Nachteile abwägen, das Für und Wider kennen. Das bloße Ablehnen ist kein angemessener politischer Standpunkt. Mit unserer Nichtmitgliedschaft im Verkehrsverbund der Region sind wir ein exotisches Auslaufmodell und riskieren den Anschluss an ein modernes Verkehrskonzept zu verpassen. Eine einheitliche Tarifsystematik und ein gemeinsamer Zonenplan können zu einem verständlicheren und attraktiven Nahverkehr führen .

Ein Netz, ein Fahrplan, ein Ticket – ist das nicht ein reizvolles Ziel in einem attraktiven Nahverkehr für die Region und für Geislingen ?

Kombibad .- Von dem Fortschritt an diesem Projekt konnten wir uns vor wenigen Tagen anlässlich des Richtfestes überzeugen. Wenngleich wir ursprünglich mit dem Ziel angetreten sind, durch den Bau eines Kombibads die Defizite der beiden Bäder zu verringern, so sind wir jetzt schonfroh, wenn das Defizit gleich hoch bleibt; allerdings hätten wir dafür ein neues schönes Bad. Immer drängender stellt sich den Schulen eine Frage: bisher stand das Hallenbad am Vormittag den Schulen zur Verfügung, der Schwimmbetrieb der Schulen, und das heißt jede Bahn eine Klasse, war getrennt von der Nutzung durch Privatpersonen. Wie wird das künftig gehandhabt ? Wir meinen, es kann nicht gut gehen, wenn am Vormittag mehrere Klassen gemeinsam mit anderen Gästen (z.B. Rentner) die Bahnen des Kombibads nutzen sollen. Wir meinen: öffentliche Nutzung und Schulschwimmen schließen sich gegenseitig aus. Wir beantragen eine Aussprache zur Nutzung des Bades.

Über das Schicksal des alten **Hallenbades** haben wir bislang kaum gesprochen. Man spricht von Planungen für ein Kinderhaus und den Umbau mit einer Sporthalle. Wo stehen die Planungen, wir bitten um einen Bericht zur künftigen Nutzung des Hallenbades.

Nachhaltigkeitsbericht .- Die Fraktionen erhalten regelmäßig die Nachrichten des Gemeindetags, die Zeitschrift „Die Gemeinde“. Wir lesen das aufmerksam. In Heft 22/2009 steht ein Aufsatz über „Kommunale Nachhaltigkeitsberichte“. Dort steht, dass Nachhaltigkeitsberichte ein „erfolgreiches Instrument der Kommunalpolitik“ seien. „Zur Umsetzung in den Kommunen wurden ein Leitfaden und ein umfangreiches Serviceangebot im Internet entwickelt. Durch einen Datenservice sind viele kommunale Kennzahlen verfügbar …“ Es geht um den Energie- und Wasserverbrauch, das Abfallaufkommen, den Flächenverbrauch, die Bevölkerungsentwicklung, die Arbeitslosenquote oder die Wahlbeteiligung. Wir beantragen einen Nachhaltigkeitsbericht für Geislingen in dem dort beschriebenen Sinn.

Bearbeitung ausstehender Anträge.- Traditionsgemäß stellen die Fraktionen in ihren Haushaltsreden alljährlich Anträge an die Verwaltung, die im Laufe des Jahres abgearbeitet werden. Nach unserer Meinung haben wir in Geislingen dieses Recht des Gemeinderats niemals überzogen, es wurde immer mit Augenmaß angewendet. In diesem Jahr ist manches liegen geblieben, dessen Bearbeitung noch aussteht. Wir erinnern an unsere alten Anträge für 2009 und bitten ernsthaft um deren Bearbeitung, u.a. die Diskussion über das Strukturgutachten des Landkreises, die Erstellung eines Sozialberichts, die Einführung eines Sozialpasses bzw. einer Bonuskarte, die Unterstützung der Hip-Hop Gruppe.

Stadtbezirke.- Von den Stadtbezirken wurden zahlreiche Projekte angemeldet. Wie zu erwarten in diesen unruhigen Zeiten kann nur manches im kommenden Jahr realisiert werden. Der Antrag aus dem Stadtbezirk Aufhausen auf Einstellung von 2,5 Mio € in den Haushaltsplan 2010 für die Sporthalle ist in Zeiten wie diesen utopisch. Wir meinen aber, es sei an der Zeit, das Vorhaben grundsätzlich anzuerkennen und sich wenigstens in kleinen Schritten dem Ziel zu nähern. Die beiden Stadtteile Türkheim und Aufhausen mit nahezu 2000 Bürgern haben in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben gemacht, günstige Lösungen für eine Halle untersucht und machbare Konzeptionen vorgelegt. Ihr Anliegen wurde bei einem Besuch von allen Fraktionen anerkannt, allein der Schulsport rechtfertigt dies. Wir haben darauf hingewiesen, dass das Projekt „**Sporthalle Aufhausen**“ im Sportentwicklungsplan berücksichtigt werden muss.

Die Sanierung der **Eybtalhalle** in Eybach macht weitere Fortschritte. Der Austausch der Bestuhlung findet seinen Abschluss und für die Sanierung des Hallenbodens sind 90 000 € eingestellt. Was geschieht mit den ausgetauschten Stühlen ? Eine Ortskernsanierung, die den Ort wieder zusammenwachsen lässt, steht weiterhin aus. Gibt es ein geeignetes Landesprogramm für solche Vorhaben ?

Immer wieder stellt sich in den Ortschaftsratsitzungen die Frage nach den **Budgets** der Stadtbezirke. Damit gekoppelt ist in der Regel die Frage nach dem Unterhalt der Feldwege. Was wurde in den vergangenen Jahren mit den Budgets der Stadtbezirke finanziert ?

Im totalen **Internet-Schatten** liegen unsere Stadtbezirke Waldhausen und Aufhausen, wobei letzterer sogar noch am Telefonnetz Deggingen hängt. Im Zeitalter der globalen Vernetzung sollen die Dörfer nicht im Windschatten belassen werden. Geislingen hat hier Verantwortung für seine eingemeindeten Bezirke und muss bemüht sein, sie auf den aktuellen Stand zu bringen, schließlich rüsten wir im IT-Bereich auch in der Verwaltung regelmäßig nach. So wie in der Kernstadt haben die Menschen draußen Anspruch auf eine schnelle Internet-Anbindung, Aufhausen zudem Anspruch auf den Anschluss an das Geislinger Telefonnetz.

Schluss

Zum Abschluss möchten wir uns beim Kämmerer und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Aufstellung des Haushaltsplans 2010 herzlich bedanken.

Wir nehmen die Gelegenheit gerne wahr und bedanken uns bei allen städtischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihre geleistete Arbeit; sie sind fleißige und geschätzte Arbeitskräfte für das Wohl der Bürger und für eine gedeihliche Entwicklung in unserer Heimatstadt.

Wir setzen auf gute und solidarische Beratungen in der kommenden Einzelplanberatung - gemeinsam ist uns das immer ganz gut gelungen, warum sollte es diesmal anders sein ? Freilich, wir werden diesmal strenge Maßstäbe anlegen und uns genügend Zeit nehmen müssen, die Verhältnisse zwingen uns dazu.

Was ich noch zu sagen habe:

Ceterum censeo gymnasium michelbergense esse restituendum !

Für die SPD-Fraktion ,

Dr. Hansjürgen Gölz , 16.12.2009